



Berlin, 29.06.2020

## **Perspektivwechsel jetzt! Für ein Sexkaufverbot und besseren Schutz von Frauen.**

Für die Frauen Union der CDU sind die unveräußerliche Menschenwürde, die Selbstbestimmung von Frauen und ihr Schutz vor Gewalt Richtschnur und Handlungsauftrag zugleich. Das bestimmt auch unsere Haltung zur Prostitution. Der Körper einer Frau ist keine Ware. Prostitution ist für uns kein Beruf wie jeder andere.

Es gibt Frauen, die freiwillig und ohne Zwang in der Prostitution arbeiten. Die übergroße Mehrheit der Frauen tut dies allerdings aus Armut und Verzweiflung oder wird durch Kriminelle zur Prostitution gezwungen. Sie leiden darunter ihr Leben lang.

Die Frauen Union der CDU fordert deshalb einen Perspektivwechsel ein, bei dem der Schutz von Frauen im Mittelpunkt steht:

- Sexkauf soll stigmatisiert sein, nicht die Prostituierten.
- Der Schutz der Prostituierten muss im Mittelpunkt staatlichen Handelns und Bemühens stehen, nicht die Ausstellung von Gewerbescheinen für Prostitutionsbetriebe.
- Das Prostitutionsgewerbe muss für Menschenhändler und Zuhälter wirtschaftlich unattraktiv werden.
- Damit eröffnen sich auch neue Perspektiven für betroffene Frauen.

Dazu fordern wir die Bundesregierung auf, zeitnah einen Gesetzentwurf vorzulegen, der folgende Punkte umfasst:

- Sexkauf von Freiern ist unter Strafe zu stellen.
- Prostituierte bleiben straffrei.
- Der Zwang zur Prostitution ist rechtlich und personell stärker zu ahnden.
- Die gesetzlichen Änderungen sind durch gezielte und verbesserte Ausstiegsprogramme und berufliche Perspektiven für ausstiegswillige Prostituierte zu flankieren.
- Die Aufklärung an Schulen über Prostitution und Menschenhandel ist zu verstärken.
- Bordelle und ähnliche Einrichtungen bleiben geschlossen.

**Frauen Union der  
CDU Deutschlands**

Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin  
Telefon 030/22070-453  
Telefax 030/22070-439  
[www.frauenunion.de](http://www.frauenunion.de)  
[fu@cdu.de](mailto:fu@cdu.de)

**CDU**

Die Beschränkungen zur Eindämmung des Coronavirus bieten jetzt die Chance, auch im Bereich der Prostitution umzusteuern und die Menschenwürde in den Mittelpunkt zu stellen. Bordelle, Prostitutionsstätten und ähnliche Einrichtungen wurden in der Corona-Krise geschlossen. Prostitution ist eine andauernde Gefahr für die Übertragung von Covid-19, denn die üblichen Hygienemaßnahmen greifen hier nicht. Diese Schließungen sind beizubehalten und parallel dazu eine gesetzliche Neuregelung auf den Weg zu bringen, die das Geschäftsmodell dauerhaft unrentabel macht, weil es damit keine legale Nachfrage nach Prostitution mehr geben kann.

Mit dem Prostitutionsgesetz von 2001 wollte die rot-grüne Bundesregierung Prostitution aus der rechtlichen Grauzone herausholen. Bis dahin war Prostitution sittenwidrig. Allerdings zeigte die Realität schon bald, dass Prostitution entgegen der Annahme der damaligen Bundesregierung auch bei veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen kein Beruf wie jeder andere ist. Der Zugang zu den Sozialversicherungen wurde fast nicht genutzt, Stigmatisierung und Ausbeutung konnten nicht verhindert werden. Im Gegenteil wurden auch kritische Entwicklungen begünstigt, die neue Probleme mit sich brachten.

Menschenhändler nutzten vor allem die Ost-Erweiterung der Europäischen Union sowie Armutsmigration aus Afrika, um Frauen unter falschen Versprechungen zu uns zu locken oder zu verschleppen und auszubeuten. Auch wegen der Reformwege, die Nachbarländer Deutschlands gegangen sind, wurde Deutschland verstärkt zu einem Zielland von Prostitutionstourismus und von Menschenhandel verbunden mit Zwangsprostitution. Neue Groß-Etablissements entstanden, deren Betreiber damit warben, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten und sogenannten sauberen Sex mit selbstbestimmt in der Prostitution arbeitenden Sexarbeiterinnen anzubieten.

Tatsächlich ist der Bereich der Prostitution, den die Ordnungsämter kontrollieren und in dem keine Ordnungsverstöße festgestellt werden, nur die sichtbare Spitze des Eisbergs. Darunter gibt es ein kriminelles mafiöses grenzüberschreitendes Milieu, das mit Menschenhandel und dem faktischen Zwang zur Prostitution jedes Jahr Milliardenumsätze macht. Angst, Armut und Gewalt verhindern Anzeigen und Zeugenaussagen von Betroffenen und damit eine effektive Strafverfolgung. Faktisch schützt Deutschland so die Berufsausübung von Bordellbetreibern, während die gesetzlichen Regelungen zugunsten von Prostituierten nicht oder nur in seltenen Fällen greifen.

Das Prostituiertenschutzgesetz von 2016 hat auf Betreiben der Union in der Großen Koalition mit der Erlaubnispflicht für alle Prostitutionsgewerbe, der Anmeldebescheinigung für Prostituierte sowie

Informationsgesprächen und Gesundheitsberatung ein Signal gegen offenkundige Missstände und einen besseren Schutz von Prostituierten gesetzt. Noch weitergehende Forderungen der Union, wie etwa regelmäßige Gesundheitstests und eine Altersgrenze von 21 Jahren, fanden jedoch keinen Eingang ins Gesetz.

Der Mammut-Prozess gegen die Verantwortlichen der Paradise-Bordellkette endete 2019 mit Verurteilungen wegen Beihilfe zur Zuhälterei, schwerem Menschenhandel und weiteren Betrugsdelikten. Dieser Prozess hat aber auch sichtbar gemacht, wie selbstverständlich die Ausbeutung von Frauen in weiten Kreisen der Gesellschaft akzeptiert wird. Die gesetzlich legalen Bordelle locken Investoren mit ihren Profiten an, während den in scheinbarer Selbständigkeit arbeitenden Prostituierten so wenig von ihrem Verdienst bleibt, dass sie sich nicht einmal eine eigene Wohnung leisten können. Gewaltschutzhäuser und Beratungsstellen für Menschenhandelsopfer und Ausstiegswillige müssen immer wieder um eine hinreichende Finanzierung ringen.

In der Corona-Krise musste durch Ausnahmeverordnung geregelt werden, dass Prostituierte auch im Bordell wohnen dürfen. Entgegen der Rechtslage, die zu ihrem Schutz eine Trennung von Wohn- und Arbeitsort vorsieht, haben sie keine eigene Bleibe. Auch die Kondompflicht ist in der Praxis kaum durchzusetzen. Offenkundig greifen auch die Verschärfungen des Prostituiertenschutzgesetzes von 2016 nicht. Zu viele Bestimmungen sind den weit überwiegend ausländischen Prostituierten nicht bekannt, werden nicht hinreichend kontrolliert oder umgangen.

Diese gesellschaftliche Fehlentwicklung wollen wir nicht länger hinnehmen. Die Frauen Union hat sich immer wieder für die Bekämpfung von Zwangsprostitution, für eine selbstbestimmte Sexualität und gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Gewalt gegen Frauen eingesetzt. Es ist Zeit, jetzt auch im Bereich der Prostitution neue Wege zu gehen.